

**Netzwerkbildung und die Konstitution der Interregion Saar –
Triebkräfte und Blockadefaktoren Raum prägender Wirtschaftsverflechtung
im Zeitalter der Industrialisierung (1815 – 1914)**

Ausgehend von dem Klischee, dass im Saarland ein Jeder Jeden kenne – ein regionales Strukturmerkmal, das die Entstehung von Seilschaften und Klüngeln erheblich begünstige –, thematisiert dieser Beitrag den Prozess der Konstituierung von Wirtschaftsregionen auf der Basis von Verflechtungsstrukturen. Die so entstehenden dynamischen Raumgebilde sollen im Folgenden als Interregionen bezeichnet werden – eine Terminologie, die sowohl auf das Raumkonstituierende Element verfestigter Interdependenzrelationen anspielt als auch auf deren potentiell transnationale, grenzüberschreitende Reichweite. Konkret wird die Interregion Saar im Zeitalter der Industrialisierung (1815 – 1914) in den Blick genommen, die jedoch im Unterschied zu den älteren historischen Studien nicht entlang politischer Grenzverläufe, sondern vielmehr auf der Grundlage wirtschaftlicher bzw. ökonomisch relevanter gesellschaftlicher und kultureller Interdependenzbeziehungen bestimmt wird und insofern keineswegs mit dem heutigen Bundesland Saarland identisch ist. Es geht also darum, anhand dieses Fallbeispiels die gegenwärtig von den verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen diskutierten forschungsstrategischen Leitkonzepte „Region“ und „Netzwerk“ in einen produktiven Dialog zu setzen.

Mit Fokus auf diese beiden facettenreichen Kategorien präsentiert sich der erste Abschnitt des Beitrags als eine *tour d’horizon* durch die aktuelle soziologische, wirtschaftswissenschaftliche und historische Forschungslandschaft, wobei vor allem die zur Analyse Raumprägender Netzwerkstrukturen konzipierten Ansätze des „industrial district“, des „kreativen Milieus“ sowie der „lernenden Region“ Beachtung finden. Als erstes Ergebnis kann gezeigt werden, dass alle drei Raumkonstrukte dem kulturellen Substrat „Vertrauen“ zentrale Bedeutung für die Integration und Stabilisierung wirtschaftlicher Verflechtungsstrukturen zumessen. Insofern scheint es durchaus legitim, die Interregion Saar als ein Netzwerk des Vertrauens zu interpretieren und kulturelle wie gesellschaftliche Faktoren als Triebkräfte Raumprägender Verflechtungsprozesse weiter zu berücksichtigen. Bevor derartige die Interregion mitkonstituierende soziokulturelle Netzwerke des Vertrauens am Fallbeispiel des historischen transnationalen Wirtschaftsraums an der Saar in zentralen Grundlinien nachzuzeichnen sind – die Rede ist von bürgerlichen Soziabilitätsstrukturen und Verwandtschaftsverflechtungen –, werden jedoch zunächst in einem zweiten Abschnitt die wichtigsten „harten“ ökonomischen Interdependenzbeziehungen und sektoralen Kopplungseffekte zumindest panoramaartig darges-

tellt. Dem gewählten Untersuchungszeitraum, der die knapp ein Jahrhundert andauernde und als Industrialisierung bezeichnete Strukturwandlungsphase zwischen der territorialen Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs umfasst, ist die Konzession geschuldet, dass in diesem Beitrag ausschließlich die Unternehmen der verschiedenen Branchen des sekundären Sektors der Saarwirtschaft im Fokus stehen werden.

Allerdings sollen in diesem Zusammenhang nicht nur die immer wieder untersuchten schwerindustriellen Großunternehmen des Montankerns Interesse finden, sondern auch die Betriebe des von der wirtschaftshistorischen Forschung viel zu lange „vergessenen“ unternehmerischen Mittelstands der Interregion. Freilich wird mit dieser Konzession keineswegs die exponierte Bedeutung des staatlichen Steinkohlenbergbaus geleugnet, stand er doch im Gravitationszentrum derjenigen Kräfte, die im Verlauf der Industrialisierung die Interregion Saar zu einem zusammenhängenden, grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum verklammerten. Damit ist nicht nur die geographische Ausdehnung des Kohlenabbaugebiets zwischen Lothringen und dem pfälzischen Bexbach angesprochen, sondern auch die für die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der gesamten Interregion bestimmende Bedeutung des preußischen Staatsbergbaus an der Saar. Von dem 1815 gegründeten preußischen Staatsunternehmen, das mit einem bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nie gefährdeten Marktanteil zwischen 75% und 85% die uneingeschränkte regionale Marktführerschaft in Kohlenförderung und Koksproduktion beanspruchte und in den 1880er Jahren mit 25.000 Beschäftigten als größtes Unternehmen Deutschlands galt, gingen nämlich die stärksten angebots- wie nachfrageseitigen Impulse auf die Saarwirtschaft aus.

Als wirkungsmächtigster Vorwärtskopplungseffekt und entscheidender Katalysator der Frühindustrialisierung an der Saar erwies sich die kostengünstige Verfügbarkeit von Steinkohlen, von der insbesondere brennstoffintensive Branchen wie die Eisen-, Stahl- und Glasindustrie profitierten. Noch eindringlicher dokumentiert allerdings der von vielen Saarunternehmern so wahrgenommene Energiepreisschock von 1863 die regionalwirtschaftliche Dominanz des preußischen Staatsbergbaus. In diesem Jahr vollzog die Saarbrücker Bergwerksdirektion eine Kehrtwende in ihrer Verkaufspreisgestaltung zu Lasten der bis dahin praktizierten Rabattpolitik, wodurch sich Saarkohlen schlagartig um 20% verteuerten. Nichtsdestotrotz fanden aber Saarkohlen nach wie vor industrielle Käufer und dies nicht nur in Deutschland, wobei das Eisenwerk der französischen Unternehmerdynastie de Wendel im lothringischen Hayange sogar als wichtigster Abnehmer in Erscheinung trat. Wie die Struktur der Energieversorgung der lothringischen Eisenwerke zeigt – diese nahmen bis zu 48% der jährlichen Fördermenge der preußischen Staatsgruben ab –, wirkte die deutsch-französische Grenze bis

1871 also keineswegs als unüberwindliche Barriere, die den Prozess der wirtschaftlichen Verflechtung der Interregion Saar blockieren konnte, zumal Unternehmerfamilien, darunter die Gouvy, Haldy und Röchling, diesseits wie jenseits der Schlagbäume über Industriebesitz verfügten. Vor dem Hintergrund des 1833 gegründeten Deutschen Zollvereins, dem 1842 auch das Großherzogtum Luxemburg beitreten sollte, sprechen einige Wirtschaftshistoriker in diesem Zusammenhang pointiert von einer „zentraleuropäische[n] Niedrigzollhandelszone“.

Kaum geringer als die beschriebenen energiewirtschaftlichen Impulse sind die vom staatlichen Steinkohlenbergbau ausstrahlenden nachfrageseitigen Rückwärtskopplungseffekte zu veranschlagen, denn mit wachsender Fördertiefe erhöhte sich der Bedarf der Gruben z.B. an Eisenträgern, Stahlkonstruktionen, Drahtseilen, Sprengstoff und Zement sowie an Investitionsgütern, wie etwa Dampf- und Wasserhaltungsmaschinen. Es lässt sich sogar davon ausgehen, dass der 1826 auf den preußischen Gruben eingeführte Tiefbau als Initialimpuls wirkte, der an der Saar überhaupt erst zur Entstehung von industriell produzierenden Unternehmen der Branchen Metallverarbeitung und Maschinenbau führte. Hiervon zeugt, dass von den 74 zwischen 1815 und 1914 nachweisbaren Industriebetrieben dieser Branchen lediglich zwei bereits vor 1826 existierten. Dabei gelang es denjenigen Unternehmen am stärksten von der Industrialisierungsdynamik an der Saar zu profitieren, die ihre Produktpalette nach den Betriebserfordernissen der regionalen Großunternehmen des Montankerns ausdifferenzierten und sich so als Spezial- und Nischenanbieter von teils europaweiter Bedeutung etablieren konnten.

Gleichwohl waren die vom staatlichen Kohlenbergbau ausgehenden Rückwärtskopplungseffekte in ihrer Wirkung auf die nachgelagerten Industriezweige keineswegs nur förderlich. Bedingt durch seine größere Unabhängigkeit vom Konjunkturverlauf sowie aufgrund der erzielten Umsatzrenditen, war es dem Staatsunternehmen nämlich möglich, höhere Löhne als in den Betrieben der übrigen Branchen zu zahlen und darüber hinaus attraktive Sozialleistungen zu gewähren. Auf diese Weise übten die Saargruben einen starken Absorptionssog auf das regionale Arbeitskräftereservoir aus, den vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen spürten. Denn nur die wenigsten Mittelständler der Saarregion waren nämlich in der Lage, durch eine Hochlohnpolitik mit den großindustriellen Wettbewerbern auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren. Freilich stand denjenigen Unternehmen, in denen überwiegend wenig qualifizierte, nicht selten gesundheitsgefährdende Arbeiten ausgeführt wurden, die Möglichkeit offen, auf das Heer erwerbsloser Frauen und Mädchen zurückzugreifen. Im Gefolge des sich beschleunigenden Industrialisierungsprozesses kamen demnach Nahwanderungsbewegungen in Gang, die der montanindustriellen Kernzone zwischen Saarbrücken, Völklingen und Neunkirchen Arbeitskräfte aus den peripheren, vorwiegend agrarisch gepräg-

ten Bereichen des unmittelbaren Umlands zuführten – Wanderungskontakte mit anderen Industrievieren spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Weder die bis 1833 bestehende Binnengrenze zwischen Preußen und Bayern, noch die Staatsgrenze zum souveränen, 1871 jedoch zollpolitisch angegliederten Luxemburg oder die Grenze nach Frankreich bildeten also grundsätzliche Hindernisse für die Arbeitsmigrationsströme in der Interregion Saar. Aber auch unter Raum prägendem Aspekt wurde das Phänomen sozioökonomischer Wanderungsverflechtung wirksam – Stefan Leiner spricht in diesem Kontext von „sich bis 1914 fortgesetzt verdichtenden, spezifischen urban-gesellschaftlichen Binnenstrukturen in der Saar-Lor-Lux-Region [...], die das ökonomische Netzwerk im Untersuchungsraum maßgeblich ergänzten und somit einen relativ konsistenten, grenzübergreifenden Wirtschafts- und Sozialraum konstituierten“. Dabei gilt Leiners Befund nicht nur für den westlichen Teil der Interregion Saar, sondern gerade auch für den östlichen, stand doch die rapide Industrialisierung des heutigen Saarpfalzkreises gegen Ende des 19. Jahrhunderts in eklatantem Zusammenhang mit dem vom wirtschaftlichen Zentrum der Region, d.h. von Saarbrücken, ausgehenden Nachfragesog nach Arbeitskräften. Im scharfen Konkurrenzkampf auf dem regionalen Arbeitsmarkt behaupteten sich nämlich einige kleine und mittelständische Unternehmen nur dadurch, dass sie ihren Betrieb in die aufstrebenden, daher noch vergleichsweise kostengünstigen Industriestädte St. Ingbert und Homburg verlegten. Zudem waren diese Städte von Bergschäden und anderen negativen Begleiterscheinungen des Tiefbaus, darunter vor allem die Entziehung von Grundwasser, unbedroht.

Konnte der staatliche Steinkohlenbergbau bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts unangefochten die Rolle des regionalwirtschaftlichen Hauptakteurs für sich beanspruchen, der den Prozess der Frühindustrialisierung überhaupt erst in Gang gesetzt hatte, betrat 1852 ein weiterer Darsteller die Bühne, der als bedeutender Nachfrager nach Steinkohlen, Maschinen, Eisenkonstruktionen und Baumaterialien sowie als Vehikel zur Erschließung neuer Absatzmärkte die für die Interregion konstitutiven ökonomischen Interdependenzbeziehungen erheblich verstärken und ausweiten sollte: Die Rede ist von der ebenfalls staatlichen Eisenbahn, deren Ankunft an der Saar den Eintritt der regionalen Wirtschaft in die Phase des „take-off“ markiert, in jene Periode des Industrialisierungsprozesses also, deren Dynamik mit der Schubkraft eines startenden Flugzeugs vergleichbar ist. Jedoch wirkte die Eisenbahn keineswegs nur Wachstum stimulierend auf das regionalwirtschaftliche Geflecht von Vorwärts- und Rückwärtskopplungseffekten ein, sondern trug auch eminent zur räumlichen Integration der Interregion Saar bei, denn ein durchgängiger Zugverkehr zwischen Deutschland und Frankreich war dort erst ab 1852 mit Eröffnung der Bahnstrecke Mannheim, Bexbach, Saarbrücken,

Metz, Nancy möglich. In der Folgezeit kamen weitere Nebenstrecken und Pendlerverbindungen hinzu, so dass die Interregion ab 1872 mit Anschluss der luxemburgischen Staatsbahn an das deutsch-elsass-lothringische Netz im Wesentlichen als auf dem Schienenweg erschlossen gelten kann. Damit aber hatte die Saar ihre Funktion als Hauptabsatzweg für Massengüter eingebüßt. Eine weitere Ursache für den regionalwirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Saarschifffahrt lag in der Neujustierung der Infrastrukturpolitik des preußischen Staats, die mit der ebenfalls in den 1860er Jahren vollzogenen Kehrtwende in der Energiepreisgestaltung einherging. Hatte Preußen in der Phase der Frühindustrialisierung zur Steigerung des Saarkohlenabsatzes die verkehrstechnische Erschließung der Industrieregion durch Straßenbauten und Kanalisierungsmaßnahmen mit Nachdruck betrieben, verweigerte es sich nach Eröffnung des Saarkohlenkanals im Jahr 1866 – dieser verbindet die Saar mit dem Rhein-Marne-Kanal – dem vehement geforderten weiteren Ausbau der unteren Saar sowie deren Anschluss an die Mosel. Ungeachtet der gegen Ende des 19. Jahrhunderts zementierten verkehrspolitischen Blockadehaltung des preußischen Staats beschleunigte der Saarkohlenkanal in Zusammenarbeit mit der Eisenbahnverbindung zwischen Saarbrücken und Nancy das Zusammenwachsen der Industrieviere in Lothringen und an der Saar zu einer transnationalen Interregion in kaum zu überschätzender Weise. Wurden an der Saar bis dahin vorwiegend Erze aus dem Lahn-Dill-Gebiet verhüttet, so verbilligte die sich in den 1850er und 1860er Jahren spürbar verbessernde grenzüberschreitende Infrastruktur den Import lothringischer Minette-Erze, auf deren Verarbeitung die Hochöfen der Interregion sukzessive umgestellt wurden. Wie gerade das Beispiel der Verhüttung lothringischer Erze an deutschen Industriestandorten, wie Halberg, Dillingen, Völklingen, Neunkirchen oder St. Ingbert, dokumentiert, erhöhte sich also im Verlauf des „take-off“ die wirtschaftliche Durchlässigkeit der Staatsgrenze noch weiter. Im Jahr 1866 hielt man es sogar für möglich, so jedenfalls ein zeitgenössisches Gerücht, Preußen wolle zur Finanzierung seiner militärischen Auseinandersetzung mit Österreich die Saargruben an eine französische Privatgesellschaft verpachten, wenn nicht sogar verkaufen.

Jedoch sollte dieser durch die boomartige Prosperitätsphase der 1850er und 1860er Jahre beförderte Prozess der Zollliberalisierung mit Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs 1870 ein jähes Ende finden, auch wenn sich die politische Grenze zwischen Deutschland und Frankreich mit Gründung des Deutschen Reichs sowie der Annexion des „Reichslands“ Elsass-Lothringen aus dem Verflechtungsraum der Interregion verlagerte. Da Frankreichs 1871 vollzogene Wende zur protektionistischen Zollpolitik die vormals lothringischen Eisenhütten ihrer traditionellen Absatzmärkte weitgehend beraubt hatte, musste der junge deutsche Nationalstaat in der Folgezeit den ungehinderten Zugang zu den Minette-Erzfeldern zum Preis ver-

schärfter Konkurrenz bezahlen. Zwar war die Eisenindustrie der Interregion Saar unmittelbar und mit voller Wucht von den Auswirkungen des durch die staatliche französische Exportförderung zusätzlich angeheizten Wettbewerbs betroffen. Umgekehrt waren es aber ebenso die Montanindustriellen der Interregion, die mit Erfindung des Thomas-Verfahrens 1879 besonders stark von der mit Anschluss Elsass-Lothringens verbesserten Rohstoffsituation profitieren konnten, ermöglichte doch diese Technologie überhaupt erst eine effiziente Massenverhüttung der phosphorreichen Minette-Erze Lothringens. Um die in diesem Zusammenhang prinzipiell realisierbaren Kosteneinsparpotentiale möglichst vollständig auszuschöpfen, verfielen die Saarunternehmer auf die Strategie, in direkter Nachbarschaft zu den Minette-Erzfeldern Lothringens Zweigwerke zur Roheisenerzeugung zu gründen, deren Produktion anschließend in den Stammwerken weiter verarbeitet wurde. Nach gleichem Muster wurden jedoch nicht nur die lothringischen Erzfelder, sondern auch die auf luxemburgischem Territorium liegenden Minette einer intensivierten Erschließung unterzogen, was dadurch erleichtert wurde, dass das Großherzogtum 1871 sowohl die deutsche Steuer- und Sozialgesetzgebung übernommen als sich auch dem Zollgebiet des Reichs angeschlossen hatte. Als prominentes Emblem für die wirtschaftliche Dynamik der forcierten Expansion der Interregion Saar in das lothringisch-luxemburgische Revier – unlängst als „großer Rush auf die Minette“ bezeichnet – mag denn der Arcelor-Mittal-Konzern stehen, der Welt größte Stahlproduzent, der 1911 als Aciéries Réunis de Burbach, Eich et Dudelange (ARBED) gegründet wurde. Wie die transnationalen Firmenbezeichnungen ARBED oder die 1905 fusionierte Rümeling und St. Ingberter Hochöfen und Stahlwerke AG dokumentieren, hatte der wirtschaftliche Verflechtungsgrad der Interregion Saar in den vier Jahrzehnten zwischen Reichsgründung und Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine bis dahin unerreichte Intensität angenommen.

Freilich waren es nicht nur sektorale Vorwärts- und Rückwärtskopplungseffekte, die die tragenden Strukturen des die Interregion Saar konstituierenden ökonomischen Verflechtungszusammenhangs bildeten; auch kulturelle Faktoren waren zur Stabilisierung dieses Netzwerks notwendig. Wie eingangs ausgeführt, eignet sich ein kulturelles „Schmiermittel“ in besonderer Weise dazu, die Reibungsverluste wirtschaftlichen Austauschs gerade in Netzwerksystemen gering zu halten: Vertrauen. Konkret erfolgte in der Interregion Saar die Generierung dieses wirtschaftlich hoch relevanten Sozialkapitals – um die zentralen Ergebnisse des dritten Untersuchungsabschnitts zusammenzufassen – vor allem durch zwei unternehmerische Verhaltensmuster: Einerseits durch die konsequente Verfolgung endogamer Heiratsstrategien und andererseits durch die Pflege wirtschaftsbürgerlicher Soziabilitätsnetze und Kontaktbörsen. So wurde bereits mehrfach neben der dominierenden Unternehmenskultur des Familienbe-

triebs – Aktiengesellschaften und Managerunternehmen bildeten an der Saar die seltene Ausnahme – auf das Verhaltensmuster der Endogamie als Charaktermerkmal des Unternehmertums in der Interregion hingewiesen. Nicht selten konkretisierten sich diese beiden Phänomene darin, dass kinderreiche Familien über Generationen hinweg in Familienunternehmen der verschiedensten Branchen einheirateten und auf diese Weise verzweigte Dynastien etablierten. Nichtsdestotrotz fanden in den sozialgeschichtlichen Studien zum Heiratsverhalten des Wirtschaftsbürgertums der Interregion vornehmlich Großunternehmer Berücksichtigung, zeitigte doch deren verwandtschaftliche Verflechtung die sichtbarsten ökonomischen Folgen: Beispielsweise wurde der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts einsetzende Konzentrations- und Kartellierungsprozess der Saarglasindustrie nicht zum geringsten Teil durch die vielfältigen und sich teilweise sogar mehrfach überkreuzenden Heiratsbeziehungen der wichtigsten Unternehmerdynastien dieser Branche befördert. Aber nicht nur die Glasfabrikanten, sondern auch die bedeutendsten Unternehmerfamilien der Montanindustrie, die reichsten Kaufmannsdynastien und vereinzelt einige hochrangige preußische Beamte wurden in dieses transnationale Verwandtschaftsnetzwerk mit einbezogen. Allzu leicht wird aus der schwerindustriellen Perspektive allerdings übersehen, dass eine Vielzahl der Klein- und mittelständischen Unternehmerfamilien der Interregion Saar mit gleicher Konsequenz eine derartige Heiratspolitik betrieb. Dabei schlossen diese nicht nur immer wieder Eheverbindungen untereinander, sondern heirateten zudem auch vertikal in die Großunternehmerfamilien der Region ein, bis schließlich ein Verwandtschaftsnetzwerk entstanden war, das nicht nur zur gesellschaftlichen Integration des Wirtschaftsraums beitrug, sondern auch die für die Saarwirtschaft im 19. Jahrhundert charakteristische Praxis der Innenfinanzierung außerhalb des institutionellen Kapitalmarkts beförderte.

Ebenso wie das hier mit nur groben Pflöcken abgesteckte System von Verwandtschaftsverflechtungen als Netzwerk des Vertrauens zur Stabilisierung wirtschaftlicher Interdependenzen interpretiert wurde, lassen sich die unternehmerischen Soziabilitätsstrukturen der Interregion als Räume der Anbahnung ökonomischer, politischer und nicht zuletzt familiärer Beziehungen darstellen. Als *der* Ort, an dem in der Saarregion ein Großteil dieser wirtschaftsbürgerlichen Soziabilitätsnetze wenn nicht geknüpft, so doch zumindest gepflegt wurde, ist das Saarbrücker Casino zu identifizieren. Hervorgegangen aus dem 1796 gegründeten Colleg, einer rasch wachsenden geselligen Vereinigung von zunächst 19 Bürgern der beiden Saarstädte Saarbrücken und St. Johann, entwickelte sich das Casino zu einem Zentrum gesellschaftlicher Repräsentation, das sich rasch mit den übrigen bürgerlichen Soziabilitätsstrukturen an der Saar verknüpfen sollte. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass nicht ausschließlich das

Bedürfnis nach gesellschaftlicher Repräsentation und Unterhaltung, sondern darüber hinaus auch wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Überlegungen als Motivationen für eine Vielzahl der Aufnahmeversuche in die Casinogesellschaft zu nennen sind. Diese These erscheint umso plausibler, als das Colleg, der Nukleus der späteren Casinogesellschaft, im Umfeld der 1760 gegründeten Saarbrücker Kranengesellschaft entstanden ist, des ersten wirtschaftspolitischen Interessenszusammenschlusses von Besitzbürgern und Kaufleuten an der Saar. Dieser Tradition folgend, versammelten sich in den Räumlichkeiten des Casinos am 7. Dezember 1862 auf Einladung einer Gruppe der angesehensten Wirtschaftsvertreter der beiden Saarstädte – in der Mehrzahl ebenfalls Mitglieder der Casinogesellschaft – die Kaufleute und Industriellen des Kreises Saarbrücken mit dem Ziel, die Gründung einer weiteren, ungleich einflussreicheren wirtschaftlichen Interessensvereinigung durchzusetzen: der Handelskammer Saarbrücken. Wie kaum anders zu erwarten, bestanden die engen personellen Verbindungen zwischen der Casinogesellschaft und der Handelskammer Saarbrücken auch in der Folgezeit weiter fort. So waren von den dreißig innerhalb der 1909 festgeschriebenen Stadtgrenze des heutigen Saarbrücken wohnhaften Mitgliedern der Handelskammer der Jahre 1873 bis 1895 zweiundzwanzig zugleich Angehörige der Casinogesellschaft, darunter die Spitzen der regionalen Wirtschaftselite, wie Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, Theodor Röchling oder Eduard Böcking.

Zusammenfassend ist also davon auszugehen, dass das im Verlauf der Industrialisierung verfestigte Geflecht von ökonomischen Interdependenzen und Kopplungseffekten von einem soziokulturellen Netzwerk von endogamen unternehmerischen Verwandtschaftsbeziehungen und wirtschaftsbürgerlichen Soziabilitätsstrukturen überklammert wurde. Legten die „harten“ wirtschaftlichen Geschäftsbeziehungen das Fundament, auf dem sich die Interregion Saar konstituieren sollte, so produzierte das „weiche“ Netzwerk des Vertrauens den notwendigen gesellschaftlichen und kulturellen Kitt, um die entstandene Wirtschaftsstruktur zu stabilisieren und zu integrieren. Und mehr noch: Vielleicht bestand die regionalwirtschaftliche Bedeutung der skizzierten Verwandtschaftsverflechtungen, Soziabilitätsbeziehungen und informellen Kontaktbörsen nicht nur darin, dass das von solchen Netzwerkverbänden generierte Sozialkapital des Vertrauens von den daran beteiligten Unternehmen in Gestalt von Transaktionskostensenkungen ausgemünzt werden konnte. Darüber hinaus hat es geradezu den Anschein, als hätten eigentlich erst diese soziokulturellen Netzwerkstrukturen der sich im Verlauf der Industrialisierung und insbesondere im letzten Drittel des „langen“ 19. Jahrhunderts herausbildenden transnationalen Wirtschaftsregion an der Saar eine eigene Integration stiftende Identität verliehen – dies zumindest auf der Ebene der regionalen Unternehmerschaft. Vor diesem

Hintergrund dürfte es denn auch kaum ein Zufall sein, dass das Saarland den historisch angelegten Pfad einer Netzwerkregion gegenwärtig weiter beschreitet und sein Potential als Wirtschaftsstandort und zukunftsorientiertes Innovationszentrum mit dem Slogan bewirbt, es sei das „Bundesland der kurzen Wege“, in dem Entscheidungen schnell getroffen würden und die relevanten Entscheidungsträger barrierefrei und leicht zugänglich seien. Wenn also wichtige Triebkräfte wirtschaftlicher Raumbildung an der Saar in personellen Netzwerken zu suchen sind, müssten insofern aber etwaige Blockadeimpulse von denjenigen Akteuren ausgegangen sein, die gerade nicht in die beschriebenen regionalen Beziehungssysteme, in die wuchernden Verwandtschaftsverflechtungen und bürgerlichen Soziabilitäts- und Kontaktbörsen eingebunden waren. Diese These steht im Zentrum des vierten Untersuchungsabschnitts des Beitrags.

Zu den machtvollsten Wirtschaftsakteuren an der Saar, die nicht oder nur partiell in die skizzierten Unternehmensnetzwerke der Interregion integriert waren, zählten die Direktoren des 1816 gegründeten Saarbrücker Bergamts, der bergpolizeilichen Aufsichtsbehörde, die zugleich die Führung der staatlichen Steinkohlengruben inne hatte. Mit Ausnahme von Leopold Sello und Karl Fritz Eilert, die zwischen 1816 und 1857 bzw. zwischen 1878 und 1888 der Saarbrücker Behörde vorstanden und in dieser Zeit in die Unternehmerdynastien Vopelius und Zix einheirateten, war kaum einer der übrigen Bergamtsdirektoren überhaupt dazu in der Lage, an die Netzwerkstruktur der Interregion anzudocken: Mit einer durchschnittlichen Amtsdauer von viereinhalb Jahren war deren Dienstspanne an der Saar schlicht zu knapp bemessen. Auch trug wohl der autoritär-technokratische Habitus der Bergamtsdirektoren, die allesamt eine zehnjährige Beamtenausbildung durchlaufen hatten, nicht unbedingt zu einer reibungslosen Osmose mit dem regionalen Unternehmertum bei. Als wichtigster Grund für die kaum ausgeprägte Interregionskompetenz der Bergamtsdirektoren – hier verstanden als unternehmerisch-wirtschaftsbürgerliche Netzwerkfähigkeit – werden freilich die eingeschränkten Spielräume der Bergbeamten als Unternehmer anzuführen sein, blieben doch die an der Saar residierenden Leiter des Staatsunternehmens keineswegs nur in strategischen, sondern auch in vielen Entscheidungen des Tagesgeschäfts an die Weisungen des Oberbergamts Bonn bzw. der Oberberghauptmannschaft in Berlin gebunden. Aufgrund der tendenziell unklaren Verteilung der jeweiligen Kompetenzbereiche von Saarbrücken, Bonn und Berlin wurden die Bergamtsdirektoren in eine Zwitterstellung zwischen unternehmerischer Initiative und staatlicher Administration gedrängt, was durchaus dazu führen konnte, dass die preußischen Beamten an der Saar Entscheidungen umzusetzen hatten, die eher den fiskalpolitischen Interessen des Berliner Finanzministers dienten als den Wachstumszielen der regionalen Wirtschaft. Eindringlich zeugt hiervon die Verweigerungshaltung des preußischen Staats ge-

genüber dem von der regionalen Unternehmerschaft vehement geforderten Saar-Mosel-Ausbau, dessen Ausbleiben sich vor allem in Hinblick auf die räumliche Integration der Interregion Saar nachteilig auswirken sollte. Denn insbesondere die vitalen wirtschaftlichen Interessen des 1871 von Deutschland annektierten „Reichslands“ waren von der Kanalisierungsfrage berührt, blieben doch den elsässischen und lothringischen Unternehmern aufgrund der nationalen Schutzzollpolitik der Nachkriegszeit ihre bis dahin bedienten und – zumindest aus ihrer Sicht – infrastrukturell deutlich besser erschlossenen Absatzgebiete nach Frankreich verwehrt. Vertreter der Handelskammer Metz unterstellten in diesem Zusammenhang sogar, die Verweigerung der Saar-Mosel-Kanalisierung stelle im Kern eigentlich nichts anderes dar als einen strategischen wirtschaftspolitischen Eingriff der Berliner Regierung mit dem Ziel, die Konkurrenz der Industriereviere des Deutschen Reichs zu Ungunsten der Interregion Saar zu entscheiden.

Vergleichende Studien zur regionalen Industrialisierung Deutschlands werden die Frage nach der Stichhaltigkeit der von der Metzger Handelskammer erhobenen Vorwürfe entscheiden müssen. Zumindest macht jedoch die Konsequenz, mit der die von Jahr zu Jahr immer dringlicher vorgetragene Forderung nach der Saar-Mosel-Kanalisierung ignoriert wurde, wahrscheinlich, dass es sowohl den Berliner Politikern und Ministerialbeamten als auch den Saarbrücker Bergamtsdirektoren als deren Vertreter vor Ort an Gespür für die wirtschaftlichen Erfordernisse und räumlichen Dispositionen der grenzüberschreitenden Interregion mangelte. Vielleicht wird die mehrheitlich nur schwach entwickelte Interregionskompetenz der Saarbrücker Bergamtsdirektoren mit ihrer kaum ausgeprägten Netzwerkfähigkeit – Resultat sowohl ihres autoritären Habitus als auch ihrer kurzen Dienstzeit an der Saar – zu erklären sein. Insofern aber wird der von dem Luxemburger Wirtschaftshistoriker Jean-Paul Lehnert formulierten These mit einiger Skepsis zu begegnen sein, der zur Folge der Saar-Lor-Lux-Raum zu einer einheitlichen Wirtschaftsregion geworden wäre, wenn Deutschland den Ersten Weltkrieg gewonnen hätte. Kann denn eine transnationale Wirtschaftsregion – diese Frage wird in dem Beitrag abschließend zur Diskussion gestellt – überhaupt zu einem dauerhaft lebensfähigen Organismus zusammenwachsen, wenn ihr bedeutendster Akteur nur über ein beschränktes Maß an Regionskompetenz verfügt?

Die Familie Adt aus Ensheim – Eine deutsch-französische Unternehmerdynastie mit Interregionskompetenz (1839 – 1918)

In dieser historischen Miniatur wird die These, im Industriezeitalter habe die saarspezifische Interregionskompetenz unter wirtschaftlichem Aspekt in der Netzwerkfähigkeit der ökonomischen Akteure bestanden, am Fallbeispiel des im 18. Jahrhundert in Ensheim gegründeten Familienunternehmens Adt, konkretisiert – dem ehemaligen Weltmarktführer für lackierte Pappwaren mit Produktionsstandorten in Deutschland und Frankreich. Seit 1901 in eine deutsche sowie eine juristisch und operativ selbstständige französische Unternehmensgruppe aufgespalten, wurden nach Ende des Ersten Weltkriegs die Adtschen Werke in Forbach und Pont-à-Mousson zwangssequestriert und später zu Gunsten des französischen Staats an private Investoren verkauft. Indem sich beide Unternehmensgruppen nicht mehr von der erzwungenen Teilung sowie der daraus resultierenden wechselseitigen Konkurrenzsituation erholen sollten, wurde das Schicksal der deutsch-französischen Unternehmerdynastie Adt zum Spiegel und Menetekel einer durch transnationale Wirtschaftsverflechtungen konstituierten Region, deren ökonomische Dynamik im 20. Jahrhundert durch politische Interferenzen abgebremst wurde. Denn nach der – in den beiden Saarabstimmungen von 1935 und 1955 zementierten – Aufspaltung des zwischen 1871 und 1918 auch politisch zusammenhängenden Wirtschaftsraums sollten nationalistische Diskurse diesseits wie jenseits der Grenze für lange Zeit und letztlich eigentlich bis zur Etablierung des europäischen Binnenmarkts die kreative, Wachstum fördernde Ausschöpfung der historisch erworbenen Potentiale an unternehmerischer Interregionskompetenz blockieren.